

# Zukunftsfähigkeit der Europäischen Währungsunion nicht gefährden

**Beitrag zum Bad Ischler Dialog 2012 „Zukunft Europa“**

Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management

**Univ.-Prof. Dr. Berthold U. Wigger**

Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management

Karlsruher Institut für Technologie

## Die Architektur der Europäischen Währungsunion

Die Europäische Währungsunion basiert auf einer **Geldordnung mit drei Pfeilern**:

- Verlagerung der geldpolitischen Verantwortung auf die europäische Ebene, so dass nationale Haushalte nicht (mehr) durch nationale Notenpressen finanziert werden können.
- Erhalt der nationalstaatlichen Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik.
- Verpflichtung zu einer solider Haushaltspolitik (Stabilitäts- und Wachstumspakt).
- ➔ Beitritt zur Währungsunion implizierte zunächst ein Bekenntnis zu haushaltspolitischer Disziplin.

# Konstruktionsfehler in der Europäischen Währungsarchitektur

- **Zeitliche Asymmetrie** zwischen den Vorteilen der Mitgliedschaft in der Währungsunion (niedrige Zinsen) und der Notwendigkeit, ausgeglichene Haushalte auszuweisen und Maßnahmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der nationalstaatlichen Wirtschaft zu ergreifen.
- Drohende **Ansteckungsgefahren** (Finanzmarktkrise) bei einem Zahlungsausfall eines Landes aufgrund der Verzahnung von Staatsschuldenrisiko und Bankenrisiko.
- **Fehlende Glaubwürdigkeit** der No-Bailout-Klausel.

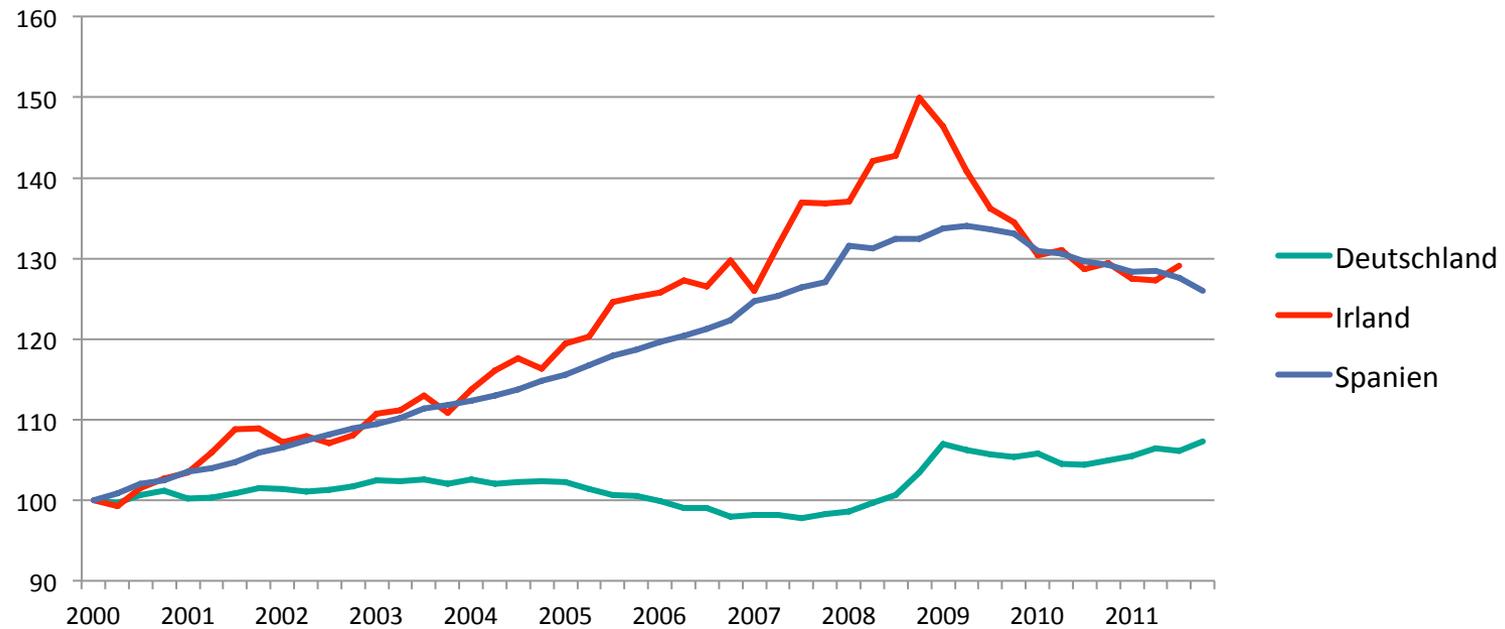
# Leistungsbilanzsalden Nord- und Südeuropas

Leistungsbilanzsalden in % des BIP 1990-2010

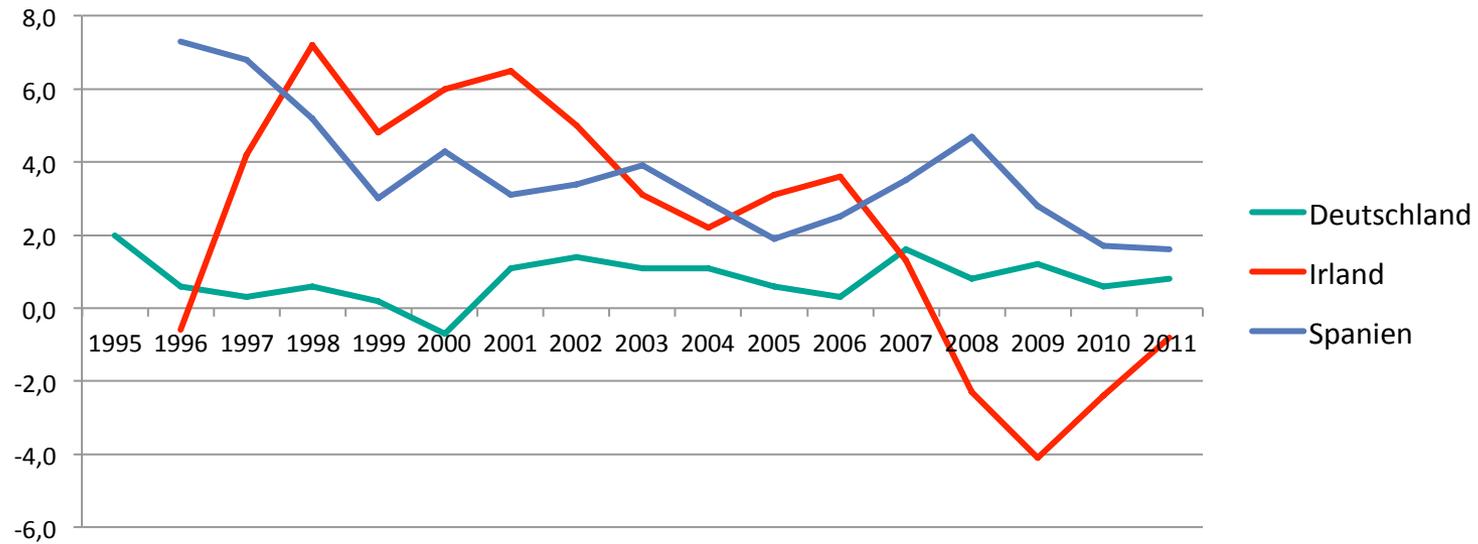


# Entwicklung der Lohnkosten

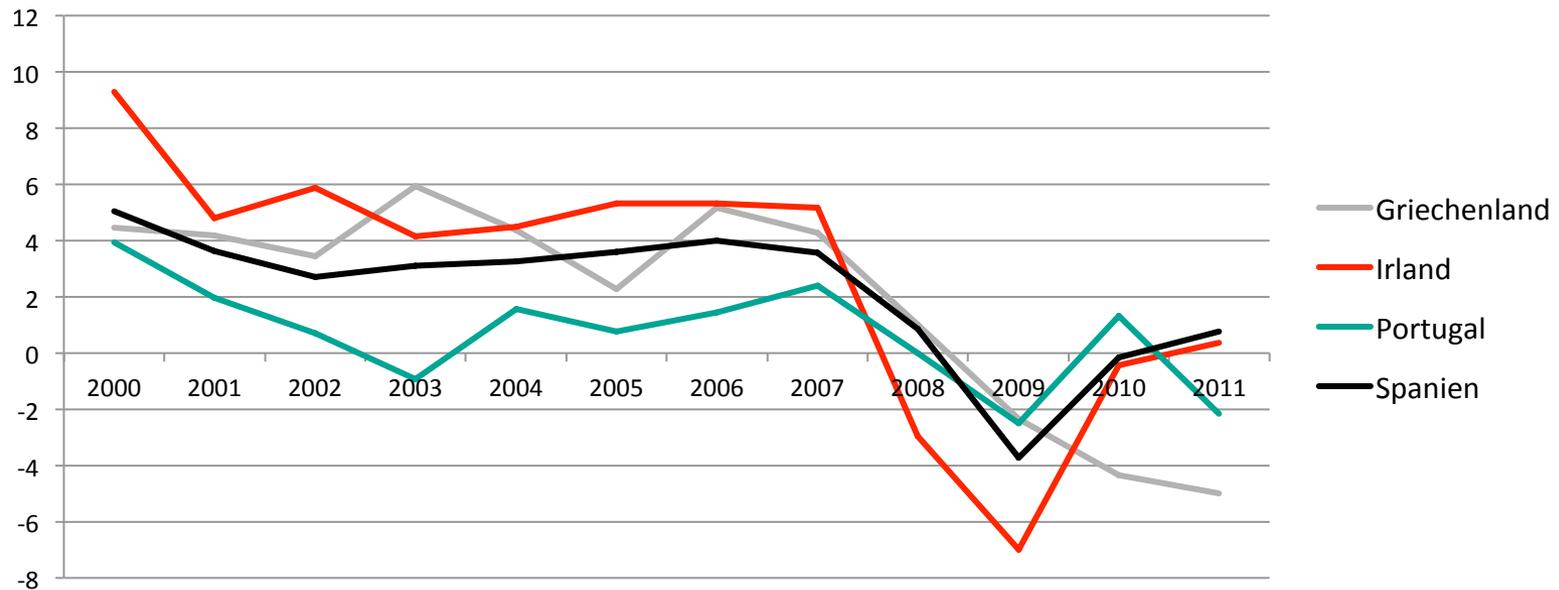
## Lohnstückkosten 2000-2011 (Index 2000=100)



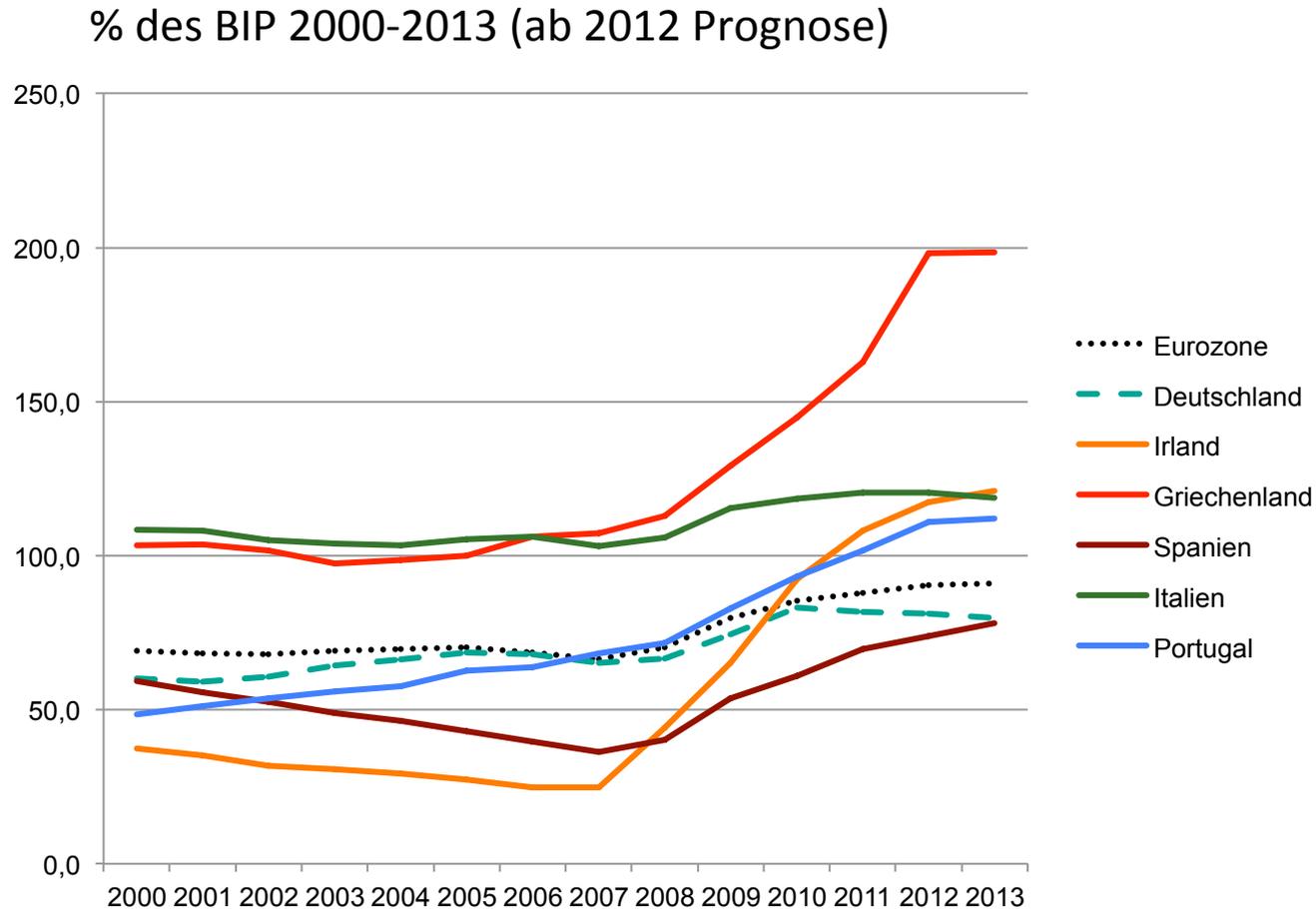
## BIP-Deflator 1995-2011



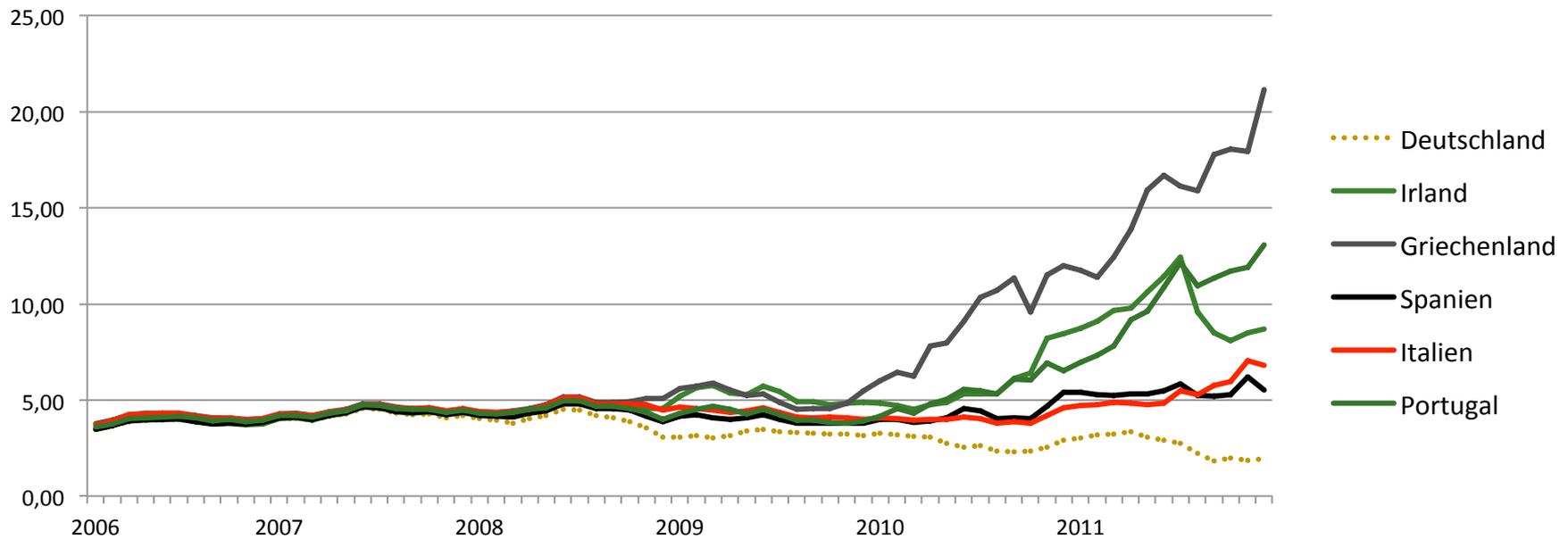
## BIP Wachstumsraten 2000-2011



# Entwicklung der Staatsschulden



## Zinsen auf Staatsanleihen (10 Jahre Laufzeit) 2006-2012



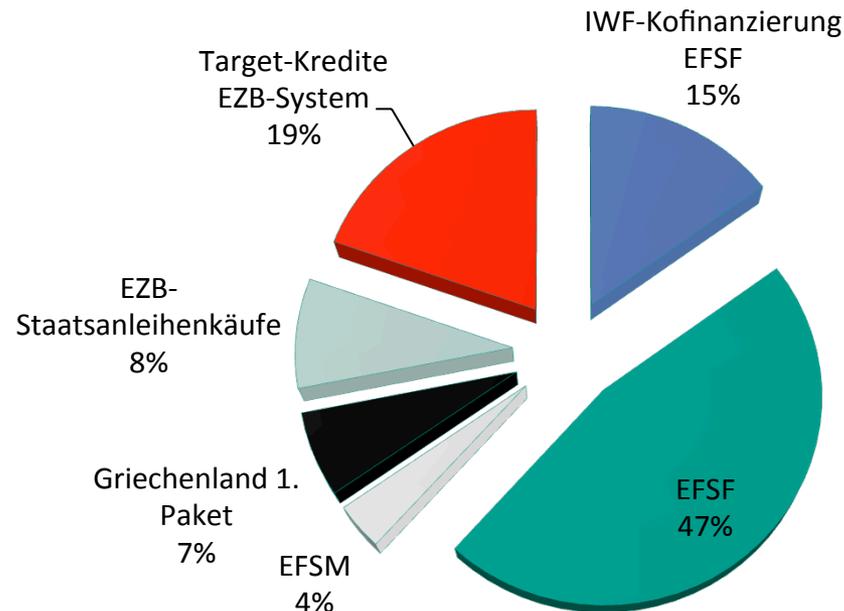
# Bisherige Beschlüsse und Maßnahmen zur Abwendung der Eurokrise

- Griechenlandhilfen
- Liquiditätsmechanismen (EFSF temporär, ESM dauerhaft)
- Collective Action Clauses
- Revision des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Fiskalpakt
- Euro-Plus-Pakt
- Staatsanleihenkäufe der EZB
- Target-Kredite der EZB
- Auf der Agenda: Europäische Bankenaufsicht (Bankenunion)

# Rettungsschirmpolitik

Versteckte und offene Rettungsschirme in der Eurozone,  
(insg. 1670 Mrd Euro, davon 'abgerufen' 802 Mrd. Euro)

Daten: Ifo-Institut



## Was sichert stabiles Geld und stabile Finanzen?

- Die Staaten müssen glaubhaft eine monetäre Finanzierung des Staatshaushaltes ausschließen.
- Staatsschuldenrisiko und Bankenrisiko müssen voneinander entkoppelt sein.
- Bei nationalstaatlicher Ausgabenautonomie müssen die Grundlagen für stabile Staatsfinanzen auf der nationalen Ebene gelegt werden.

# Zwei Alternativen zur Lösung der Eurokrise stehen zur Debatte

1. **Fiskalunion**, Abgabe von Souveränitätsrechten, insbesondere (Teil-)Übertragung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf die europäische Ebene.
2. **Weitgehende Autonomie** in der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitik bei gleichzeitiger nationaler Verantwortung für die öffentlichen Finanzen ohne Rückgriff auf die Partnerländer.

## Probleme einer Fiskalunion

- Mitgliedsstaaten müssen sich weisungsbefugten Instanzen der Europäischen Union unterwerfen.
- Politische Unterstützung für Europäischen Finanzausgleich?
- Künftige nationalstaatliche Regierungen dürften versucht sein, Souveränitätsrechte zurückzugewinnen.
- Entstehung eines Bundestaates Europa als Instrument der Abwehr einer Finanz- und Schuldenkrise fragwürdig.

- Die amerikanischen Bundesstaaten und die Schweizer Kantone besitzen umfassende Haushaltsautonomie auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite.
- Sie können sich im Rahmen des von ihnen verantworteten Rechts verschulden, müssen für ihre Schulden jedoch voll selbst eintreten. Es besteht kein Haftungsverbund.
- Die amerikanischen Bundesstaaten und die Schweizer Kantone unterstehen jeweils einer gemeinsamen Bankenregulierung.

# Was sichert eine zukunftsfähige Finanz- und Geldpolitikpolitik in Europa?

- Monetäre Finanzierung der Staatstätigkeit in der Europäischen Währungsunion unterlassen.
- Fiskalische Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten stärken.
- Gemeinsame Regulierung des Bankensektors mit umfassenden Kontroll- und Durchgriffsrechten einer Europäischen Bankenaufsicht einführen.